

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 29. November.

1 Uhr. Am Bundeskanzlerthum: Graf Caprivi, Graf Posadowski, Dr. Wiquel, von Böttcher u. A.

Präsident von Debes: Meine Herren! Das Haus war gestern spärlich besetzt und ist erst jetzt über die Nachfrist von dem Bericht eines Mitgliebes auf den Herrn Reichskanzler, heute ist die Anzahl hingekommen, daß ein ähnlicher Verwechslung der Sache in Ihrer Mitte kaum, wenn ich nicht glaube, daß das Haus nicht nur diesen Bericht auf das Schmerzlichste beunruhigt, sondern auch in allerhöchster Weise darüber entrüstet ist, und daß es Gott dafür dankt, daß dieser Bericht weitere üble Folgen für Kaiser und Reich nicht gehabt hat. (Beifall.)

Nach Annahme des schließlichen Antrags der Abg. Auer u. Geu. wegen Aufhebung schwedischer Stoferversätze gegen den Abg. Wieb während der Dauer der Session wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. Moeller (Nl.): Ich muß antworten auf eine gestrige Bemerkung des Abg. Richter, daß die Höhe des Bedürfnisses an neuen Defensivmitteln geringer sei, als die Regierung angebe, und daß namentlich in Preußen die Einnahmen, vor allem die aus den Eisenbahnen, im Steigen begriffen seien. Herr Richter hat hierbei aber die ungewöhnlich notwendige Steigerung der Ausgaben übersehen. Dagegen möchte ich auch wie Herr Richter einer schematischen Schuldenregulierung die Vereinbarung über veränderte Aufstellung des Etats vor. So wie jetzt kann es nicht weiter gehen, daß man Schuld auf Schuld häuft für Dinge, die keinen dauernden Bestand haben. Der Etat selbst ist im Allgemeinen spärlich angelegt. Daß die meisten technischen Hilfsarbeiter in den Speziallokalen geschieden worden sind, von den Eisenbahnbeamten, außerdem einer Anweisung, die ich geben, und erfüllt mit Mißbilligung. Von Reuen muß ich betonen, daß die Leitung der Bekleidungsämter bei der Armeepersonalen Offizieren übertragen wird, jetzt ist der Wechsel in der Leitung ein zu häufiger und die Eisenbahnbeamten bekommen das Heft in die Hand. Den ersten Forderungen für Kolonialzwecke werden wir zustimmen, weil wir sie im Interesse der Ruhe und Sicherheit der Kolonien für notwendig halten. Allerdings hoffen wir, daß diese erhöhten Forderungen im Laufe der Zeit wieder ermäßigt werden können. Was die Kolonien selbst anbetrifft, so erwarten wir eine allmählich steigende Rentabilität derselben; mehr sich ja auch die wirtschaftlichen Unternehmungen derselben von Jahr zu Jahr. Ich bin überzeugt, daß unsere Kolonien uns dankbar sein werden, daß für den Erwerb der Kolonien Opfer nicht gescheit haben. Von den Herrn Fröhen bemängelten Artikel der „Kolonial-Ztg.“ willigen wir nicht, und ich kann Herrn Fröhen sagen, daß ich mich hiermit in Vereinbarung mit meinen Freunden befinde. Im Mittelstand werden sich manche Abstriche machen lassen, besonders bei den Kolonialbanken. Entscheidend ist allerdings das Anwachsen des Pensionats. Bei meinen Bundesgenossen, in der Leitung der Bekleidungsämter einen Wechsel eintreten zu lassen, was mit möglicher der Gewandtheit, daß hierdurch für viele pensionierte Offiziere eine Unterkunftsstelle gefunden werden könnte. Die Vorgänge in Hannover sind in hohem Grade bedauerlich, da zu bezeugen ist, daß auch noch weitere berartige Vorfälle bestehen. Gegen die Schuldigen muß unerbittlich vorgegangen werden, weniger gegen die Verführer, gegen die Personen, die schon hart an die Verführer grenzen, gegen diejenigen nämlich, die sagen: Kommt mit, dort gibt es einen reichen Mann zu rufen. Der Prozeß in Hannover wird hoffentlich reinigend wirken; gegen das Offizierskorps selbst haben wir kein Mißtrauen, das brauche ich nicht erst zu sagen. Mit Hannover haben wir gesehen, daß in der Melior der Militärprozedur nach der Richtung der Schuldigkeit der Verhältnisse und der Verantwortlichkeit und Mithatigkeit des Befehlshabers in diesem Jahre keine Fortschritte gemacht sind. Wir haben kein Mißtrauen gegen das fähige Verfahren; aber es handelt sich vor allem darum, daß das Volk, die breiten Massen Vertrauen zu dem Verfahren haben. Im Marineetat hat die Regierung eine erfreuliche Zurückhaltung bewiesen und wir sind der betreffenden Stelle ausdrücklich dankbar dafür. Weder in diesem noch im nächsten Etat werden wir förmliche Schlachtfeldbesuche bauen können, sondern werden uns auf schnelle Kreuzer beschränken und uns überhaupt Marine aufzulegen müssen. Schutz der Küsten und des Handels über See dürfen wir nicht zurückstellen und das hierzu notwendige werden wir bewilligen; ebenso wie wir damals die Entsendung der Schiffe nach Chile anzeigten. Sehr erwünscht wird es sein, sich in der Kommission darüber zu verständigen, wie der weitere Schiffbau betrieben werden soll, damit hier nichts dem Zufall überlassen bleibt.

Mit dem jetzigen System der Uebertragung von Ausgaben auf die Anleihen muß gebrochen werden und man darf nicht zugeben, daß die Schuld des Reichs ins Ungemeine wächst. Mit einem Teil meiner Freunde bin ich der Ansicht, daß es besser wäre, in diesjährigen Etat mit der großen Finanzreform noch vorging, sondern daß man sich gegen die begünstigen müßte, die notwendigen Mittel für die Durchführung der Militärvorlage zur Stelle zu schaffen. Ich glaube nun auch, daß die Summe von 80 Millionen, die der Finanzminister zu diesem Zwecke für notwendig hielt, zu hoch gegriffen ist. In der Kommission wird zu prüfen sein, wie viel abjunkt notwendig ist, und ich hoffe, daß man sich dort einigen wird über Höhe und Art der Steuern. Darüber, welche Steuern acceptabel sind, gehen bei uns die Ansichten auseinander. Ein großer Teil meiner Freunde ist der Ansicht, daß Tabak und Wein steuerliche Objekte sind. In Bezug auf den Tabak bin ich verhältnißmäßig allerdings einigermassen zweifelhaft. Denn die Veranschlagung zur höheren Steuer wird ohne Zweifel den Konsum vermindern. Zu der Kommission wird man prüfen müssen, wie weit das der Fall sein wird. Die Tabakhändler sind in dieser Richtung überredet, aber auf der anderen Seite scheint die „Nord. Allg. Ztg.“ mit der Behauptung, daß der Konsum sich nur um 1/2 vermindern würde, die Behauptung zu unterstützen. In meinem Wahlkreise ist man der Ansicht, daß sich die Abgabe von der Cigarettenfabrikation vervielfachen würde; wenn das richtig ist, würde ich für meine Person der Cigarettenfabrikation in der gegenwärtigen Form widersprechen. Beim Wein liegen die Dinge noch schlimmer. In der Theorie, daß bei diesen Steuern der Wohlhabende stärker betroffen wird, als

der Armer, glaube ich nicht ganz; 90 Proq. aller Cigaretten wird von den Minderbemittelten gerächt; überhaupt überwiegt der Genuß des minder Wohlthölen über das Wertvollere. Namentlich die mit diesen Steuern verbundenen Wollsten werden einer genaueren Prüfung bedürfen und ich hoffe, daß ein großer Teil seiner Freunde, wenn es gelingt, jene Wollsten hauptsächlich zu befragen, zu einer Verständigung über die Steuererhebung bereit sein werde. Aber das Eindringen in die Korrespondenzen und Bücher eines Privatmannes ist ein unangehöriger Schandakt. Gegen die vorgeschlagenen Kontrollen muß ich und ein großer Teil meiner Freunde mich erklären. Die Duntlungsteuer wird keine großen Erträge bringen und man wird auf sie nur eingehen dürfen, wenn man in hoher Noth ist. Konsumsteuer hat man auch in England.

Von der Lotterie wird man eine viel höhere Steuer nehmen können und dafür an anderer Stelle nachlassen. Die Frage, was von den vorgelagten Steuern zu bewilligen ist, wird von der Kommission geprüft werden müssen. Es giebt in meiner Partei aber viele Herren, die es nicht für richtig halten, das Steuerbouquet, so wie es vorgelegt ist, anzunehmen, und die eine ganze Reihe anderer Projekte für besser halten. Auch bei uns halten Viele eine Erbschaftsteuer für nöthig und nützlich. Ich persönlich sehe in dieser Beziehung auf der Seite des Herrn Finanzministers, der eine prinzipielle Scheidung der direkten Steuern in den Einkünften von den indirekten im Reich für erforderlich hält. Ich würde es für sehr bedenklich halten, wenn davon abgesehen werden würde. Andere halten wieder eine Wechslersteuer für notwendig und ausführbar auch nach den Darlegungen des Finanzministers; sie verweigern dabei auf das Beispiel anderer Staaten. Auch ich die Rede gewesen von Luxussteuer. Das Wort ist vielfach mißbraucht worden und ein Teil der Abgeordneten hat den Wählern gegenüber bestimmte Verpflichtungen, nur für solche Steuern zu stimmen, übernommen. Ich halte die Luxussteuer für nicht praktisch, wenn ich auch an sich kein Bedenken gegen dieselben habe, aber es wird nicht möglich sein, solche Luxussteuern zu finden. Die irgendwie nennenswerthen Erträge werden würden. Darum kommen diese Steuern nicht mehr hier in Betracht. Zum Schluß empfehle ich nochmals sorgfältige Prüfung in der Kommission, und erkläre nochmals, daß man vorläufig nur daran denken kann, die Kosten für die Militärvorlage aufzubringen. (Beifall.)

Abg. Hanjmann (W.): Der Vorredner hat sich in sehr reservierter Weise über die Steuererlagen der Regierung, insbesondere über den großen Finanzplan ausgesprochen. Es ist bemerkenswert, daß die Regierung gegen die Angriffe in dieser Beziehung nur sehr schwach geschützt wird. Die Spannung, die auf den wirtschaftlichen Verhältnissen Europas lag, hat sich durch die letzte Militärvorlage in keiner Weise gelöst. Ich würde, daß die Verdachtsfreiheit nicht gerührt wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens. Ich würde das ausdrücklich beabsichtigen, weil die „National-Zeitung“ die Frage aufwarf, ob nicht, wenn Italien wegen seiner finanziellen Komplikation seine Armee reduziere, damit Italien aus dem Dreiländ und aus der Reihe der Großmächte treten würde. Meiner Ansicht nach würde sich die Regierung solche Artikel verbitten. Der deutsche Grenzmarkt ist nicht in der Lage gewesen, dem Revandehrieg Frankreichs gegen Italien auf finanziellen Gebiete wirksam zu begegnen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands war durch die Kosten der Militärvorlage, die Erhöhung der Reichsschuld und die dadurch hervorgerufene Depression nicht derauf, daß wir ein Sinken der Rente Italiens hätten verhindern können, obgleich uns das selbst sehr wünschenswert gewesen wäre. Ich betone also nochmals, daß in Bezug auf die internationalen Beziehungen die Militärvorlage sich nicht als Beweis von großer Voraussicht und Ausblick staatenmäßiger Weisheit behauptet hat.

In Bezug auf die Kolonialpolitik hat eine große Grundänderung in den Verhältnissen Platz gegriffen. Das ist jedem klar geworden, der die Stimmung des Volkes während der letzten Wahlbewegung beobachtet hat. Was man von dem befreiten Sklaven jetzt anfangen soll, weiß Niemand mehr. Für das Beste hält man es schon, sie einfach in die Schutztruppe einzustellen. Die Regierung hat in der Kolonialpolitik bisher noch kein festes Programm gehabt; sie hat von einem Extrem zum andern geschwankt. Das beweist der Fall Congo, der vor noch nicht so langer Zeit durch Verfügung des Reichskanzlers aus Afrika ausgewiesen wurde, jetzt aber der Berater der Regierung ist. Jetzt hat sie eine ganz neue wichtige Entscheidung durch das Abkommen mit England gezeigt. Wir werden in der Kommission erstlich zu prüfen haben, ob die Erweiterung der militärischen Herrschaft in den Kolonien mit unserer finanziellen Lage verträglich ist. Abg. Windthorst hat seiner Zeit ausdrücklich gegen eine solche Erweiterung protestirt. Meiner Vermuthung muß ich Ausdruck geben über die Bestrafung des Polizeipräsidenten Feiler in Glogau-Vorbringen, ferner über die dort erlassene Amnestie. Die Regierung muß endlich aber mit dem bisherigen System brechen, sonst kommt eine Abmilderung der Glogau-Vorbringung mit Deutschland nicht zu Stande. Die Regierung hätte klug daran, nicht erst die diesbezügliche Resolution abzuwarten.

Was die innere Politik anlangt, so muß auch ich gegen die Stelle in der Frontrunde über die Auslegung der Volksmeinung anlässlich der Antrittsreden des Reichspräsidenten, der von Monarch auch Büttner mit seinem Bericht beehrt hat. Sollte die Regierung aus solchen Auslegungen auf die Stellung der Bevölkerung zu einzelnen politischen Maßnahmen und Gesetzen schließen, so müßten in Zukunft die politischen Parteien zu den Reichen des Kaisers Stellung nehmen. (Sehr gut! links.) Will die Regierung einen wirklichen Volkswohlstand vernehmen, dann gewähre man dem Volke die solange ersehnten militärischen Reformen. Da muß ich aber zu meinem großen Bedauern konstatieren, daß der Reichstanzler sein vierjähriges Versprechen, noch in demselben Jahre eine Reform der Militärstrafprozessordnung herbeizuführen, nicht gehalten hat. In Bezug auf den Spielprozeß in Hannover schließe ich mich der von dieser Seite geäußerten Kritik voll an. Ich spreche mein Erstaunen aus und lege Verwahrung ein gegen die Bemerkung des Kriegsministers, daß diejenigen, die gegen jene Offiziere Anklagen erhoben, selbst auf die Anklagebank gehören. Das ist eine Aeußerung, die, wenn wir sie uns gefallen lassen, zu wahren suprematistischen Zuständen führen würden. Eine Veränderung muß eintreten in Bezug auf die Pensionierungen der Offiziere. Ganz junge und durchaus gesunde Offiziere werden unter der Pensionierung einer Kränklichkeit betroffen. Auch die Art, wie die Pensionierung vielfach vorgenommen wird, muß geändert werden.

Es ist hart und unbillig, wenn alte, verdiente Offiziere die Strafbewehrung durch den Sergeanten erhalten.

Zu den Steuererlagen der Regierung kann ich nichts Großes sagen, als die Begehrtheit. Die Weinsteuern trifft einen großen Theil der fähigsten Landwirthe, die schon seit Jahrzehnten unter dem Druck schwerer Miethen stehen, überaus schwer. Sie ist geradezu ein Bruch mit dem Verprechen des Reichskanzlers, die Landwirthe zu schonen. Schon jetzt aber möchte ich protestieren gegen den Vorschlag, den der Vertreter der nationalliberalen Partei zum Ersatz für dieses Weinsteuervertrag gemacht hat. In Bezug auf die Tabaksteuer muß ich wirklich sagen: Wenn man es darauf abgesehen hätte, das Tabakmonopol von hinten herein einzuführen, so hätte man es nicht besser thun können, als solche Steuern einzuführen. Wie es werden wird, wenn diese Steuer Gesetz wird, hat Ihnen Abg. Bebel ja anschaulich genug geschildert. Viele Tausende von brotlos gemachten Tabakarbeitern werden dann an den Etat das Verlangen stellen: Gieb uns Arbeit! In gleicher Weise wird es zahllosen kleinen Gewerbetreibenden gehen. Der Mittelstand wird jedoch außerordentlich geschädigt werden durch die Duntlungsteuer. Vor 20 Jahren noch wurde eine Duntlungsteuer abgelegt, weil sie den Berthe hemme und die Bevölkerung zu sehr belästige. Die Konventionen zeigen, wenn sie für solche Steuern eintreten, daß sie das gerade Gegenteil von einer Mittelstandspartei sind. Ihre Forderungen stehen in einem grellen Widerspruch zu ihren großen Worten.

Was die Finanzreform betrifft, so freue ich mich über die Belohnung des fähigsten Prinzipals in der Frontrunde und auch in der gestrigen Majestätischen Rede. In ganz Süddeutschland hat man den Minister Wiquel schon immer für einen scharfen Militarier gehalten und hat gesagt: Frankfurt ist nicht das Ende, sondern nur eine Kollisionslinie von Aulhausen (Heiterkeit). Die 40 Millionen, die die Einkünfte erhalten sollen, sind ein Danerangebot, für das die Einkünfte sich bedanken. Eine solche Reichsfinanzpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, ist vom utilitarischen Standpunkt höchst zu bedauern. Sie macht die Reichssituation bei der Bevölkerung der Einkünfte nicht beliebt. Aufrichtig und ehrlich möchte ich daher warnen, nicht durch eine solche Reichsfinanzpolitik das Band, das die Einkünfte zusammenhält, zu lockern. (Beifall.) Die Anlegung des Heeres, die Vertheilung halte ich für einen großen Fehler. Ich kann mich in dieser Beziehung auch auf den württembergischen Finanzminister berufen, ebenso auch auf eine nationalliberale Reichsfinanzpolitik, die früheren Abgeordneten Dr. Gumb, der gesagt hat, die Vertheilung diene nur zur Erhöhung der persönlichen Nachstellung des Ministers. Die Einkünfte, die wir erst im Begriffe, mit der Vertheilung aufzunehmen, sind uns von der partikularen Partei abgehoben; und in demselben Augenblicke begehrt das Reich den Schwebenreich (Heiterkeit) und legt sich den partikularen Partei auf. Die Steuererlagen bilden eine geradezu glänzende Enttäuschung der Wähler und ein Bruch feierlicher Versprechungen der Regierung hier im Hause und im Reichsanzeiger. Was soll das Vertrauen des Volkes zur Regierung herkommen! Solche Versprechungen, die man später nicht halten kann, „theoretische“ Versprechungen, wie sie Herr v. Frege nennt, mögen ja geeignet sein, der Regierung eine kleine Weisheit zu verschaffen, mögen ja faktisch klug sein, aber sie sind nicht staatsmännlich, nicht politisch und erschüttern das Vertrauen des Volkes. (Beifall.) Diese Steuererläge können wir nicht bewilligen, da ist es schon besser, mit Matrizenbeiträgen sich zu helfen.

Wir stehen vor einem Dilemma, wie es niemals größer gewesen ist. Die Regierung ist dabei schwach und abhängig von ihren Gegnern, die sie mit Sammethandschuh anfaßt; das Volk ist zu verdorren wie nie und ich fürchte, das Reichthum ist eine nationale Befähigung geworden in Deutschland. Möchte die Regierung einmal zusehen, wie sie das Volk zu Frieden machen könnte.

Generallieutenant v. Spitz: Eine Aeußerung des Vorredners veranlaßt mich zu einer kurzen Erwiderung. Der Herr Vorredner hat das Aufstreben des Herrn Kriegsministers bei dieser ersten Ceterabsetzung einer scharfen Kritik unterzogen. Der Herr Kriegsminister ist erkrankt und leider nicht amweid. In seiner Betrugung habe ich zu erwidern. Von einem Mitgliede dieses Hauses wurden die unheimlichen Vorgänge in Hannover zur Sprache gebracht und die Gelegenheit benützt, einen schweren Vorwurf gegen das preussische, gegen das deutsche Offizierskorps zu schleudern, das man Zweifel daran haben müßte, ob sie ihren Aufgaben gewachsen seien, mit anderen Worten, ob sie als Offiziere brauchbar seien. Das preussische und deutsche Offizierskorps hat vor einer anderen Kritik bestanden als vor der einer einzelnen Partei, vor der Kritik der Geschichte und die streng Kritik der Geschichte hat diesen Offizieren ein gutes Zeugnis ausgestellt (Abg. Bebel: Je nachdem!) und es ist nicht bemerkt, daß dieses Urteil, wenn es wieder herausgeführt würde, ein anderes sein würde. Wenn daher der Kriegsminister als Vertreter der Arme den ungläublich schweren Beleidigungen, wie sie hier ausgesprochen sind, entgegenzutreten ist, so hat er nur seine Stellung wahrgenommen (Abg. Bebel: Wir sprechen uns noch!).

Staatssekretär Graf von Posadowski: Der Vorredner hat der Reichsregierung den schweren Vorwurf gemacht, daß sie eine feierliche Erklärung abgegeben hätte, den Tabak nicht weiter zu besteuern und jetzt werde eine Tabakfabriksteuer eingeführt. Wenn man diesen Vorwurf so ins Land schleudert, so kann das den Eindruck hervorrufen, die Reichsregierung hätte unloyal gehandelt. Ich glaube, es darf nicht ein Augenblick vergehen, um klar zu stellen, wie die Dinge liegen. Als zuerst von der Militärvorlage die Rede war, sollten die Kosten durch eine Branntwein-, Biersteuer und durch eine Erhöhung der Reichstempelabgaben, und wenn diese Vorlagen angenommen würden, so sollte von einem Tabaksteuererläge abgesehen werden. Das wurde aber nicht angenommen, und nachdem wir infolge der Reduzierung der Militärvorlage glaubten, mit etwa 56 Millionen auszukommen, mußten wir zu dem Tabaksteuererläge zurückkommen.

Finanzminister Dr. Wiquel widerpricht den Behauptungen, daß die Steuerreform mit den württembergischen Reformvorlagen zu vergleichen sei. Daß die Kosten der Militärvorlage neu zu bedenken seien, haben bisher alle Redner zugegeben, mit Ausnahme des Abg. Richter. Dieser versteht gewiß geschickt mit Zahlen zu manipulieren; aber so bequem ihm das scheinen mag, so wissen wir doch, daß er bei der Militärvorlage gerade es war, der unsere Einnahmen als möglichst gering darstellte.

(Hr. Richter: Sie machen es umgekehrt!) Gegen die einzelnen Steuerprojekte hatte man Einwendungen gemacht, und wir werden gern Ihre Vorlesungen hören, um sie nach Ihren Wünschen umzugestalten. Namentlich könnte dies bei den Kontroleverträgen der Fall sein. Eine Etatskontroleminister, wie sie von verschiedenen Seiten, namentlich von Abg. Babel vorgeschlagen worden ist, halte ich praktisch für unbedenklich; daß die indirekte Besteuerung bei uns besonders drückend sei, kann ich nicht anerkennen; wir stehen in dieser Beziehung verhältnismäßig günstiger als Frankreich und selbst England. Gegen eine Vermögenssteuer würden wir keinen Bedenken vorbringen, als eine Reichssteuerminister. Dennach wäre Ihre Einführung unmöglich, weil einige Staaten keine Steuern haben, auf Grund deren Benützung sie erhoben werden könnte. Eine Erbschaftsteuer aber noch neben der Vermögenssteuer einzuführen, ist ganz unmöglich. Ich verkenne die Vorteile der wissenschaftlich-ökonomischen Kritik des Herrn Babel nicht, aber die von ihm gemachten Vorschläge sind nicht durchführbar. Man würde dabei auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Ich bitte Sie daher, sich auf den einzig praktischen Boden der Regierungsverordnungen zu stellen (Beifall).

Abg. v. Rüdorff (Rp.): Wenn man uns die Verantwortlichkeit für die erforderliche Deckung der Militärvorlage zurechnet, so möchte ich der linken Seite die Verantwortlichkeit für den Anfall an Einkünften insoweit übertragen, als die Abg. der Reichsversammlung für die Landesverträge zu Abg. der Reichsversammlung schon eine Erwiderung gegeben, die er sehr schwer wird überwinden können. (Abg. Babel: Abwarten!) Sie müssen doch mit Möglichkeiten rechnen, mit der Pfantoffel allein können Sie keine Steuern einführen. Sie waren ja immerhin in Ihren Vorlesungen etwas gemäßigter, ja sogar in gewisser Beziehung konservativer; Herr Babel hat sich sogar als Schutzengel entpuppt (Gelächter). Abg. Richter hat sich große Mühe gegeben, die Tabaksteuer möglichst leicht gemacht und hat besonders auf die drohende Problematik einer großen Anzahl von Tabakarbeitern hingewiesen. Nun, das wäre vielleicht kein Unglück, im Gegenteil; haben Sie ganz vergessen, daß ein großer Arbeitermangel in unserer schlesischen Landwirtschaft herrscht? Wenn wir Zölle und Maßregeln zu Gunsten der Landwirtschaft ferkern, so werden Sie die Vertreibung von Landarbeitern vor. Sankt ist es sich aber um die Tabakindustrie, dann sind es große, vaterländische Interessen! Beifall rechts.

Die Angriffe, die in der gestrigen Rundrede der „Nord. Allg. Ztg.“ gegen den Bund der Landwirthe gerichtet sind, haben meine Partei veranlaßt, durch mich folgende genau formulierte Erklärung abgeben zu lassen: „Die Mitglieder der Reichspartei, welche dem Bunde der Landwirthe angehören, erklären: Die Rundreden der „Nord. Allg. Ztg.“ haben in uns die Ueberzeugung hervorgerufen, daß wenn auch der Bund der Landwirthe zur Zeit Maßnahmen der Regierung zu unterstützen nicht in der Lage ist, die Mitglieder des Bundes der Landwirthe ihre Kräfte nicht besser zu betätigen zu können glauben, als dadurch, daß sie alle Bemühungen unterstützen, welche darauf gerichtet sind, vor Allen demjenigen Stand Lebensfähigkeit zu erhalten, der zu allen Zeiten die größte Stütze der Monarchie gewesen ist und es auch für alle Zeiten bleiben wird.“ (Beifall rechts.) Diese Rundrede der „Nord. Allg. Ztg.“ geht sogar so weit, uns Enghirnig vorzuwerfen. Das ist die geschicklichste und ehrlichste Beleidigung, die je gegen eine Person erhoben ist, ein Vorwurf, wie wir ihn nie gegen Mitglieder der Regierung erhoben haben. Wir verlangen von der Regierung dieselbe Rücksicht, die wir gegen sie haben. Somit darf sich die Regierung nicht wundern, wenn wir ihr in gleichem Tone antworten. Wir werden schon genug in solcher Weise von den Parteiführern, von den Abgeordneten

Richter und Babel angegriffen. (Lachen links). Daß die Regierung das auch thut, hat uns tief betrübt. Es kann uns in unseren Bestrebungen aber nicht irre machen. Wir müssen uns der Schmerzen annehmen, die im Lande zu Tage treten, und das sind in erster Linie die landwirtschaftlichen Schmerzen. Was würde aus der Landwirtschaft werden, wenn wir uns so wenig um dieselbe kümmern wollten, wie das die Regierung will. Wenn die freisinnige Partei jetzt so sehr zurückgegangen ist, so hat daran hauptsächlich Schuld die von ihr erlassene Kunde von der Liebesgabe (Beifall links). Abg. Richter: Das ist eine Kunde! Wenn die Liebesgabe aufgehoben würde, so würde der Aufwand um 20 Proz. vertheuert werden. Dann würden außerdem drei Viertel aller bestehenden Bremereien geschlossen werden müssen, und nur einige Riesentremereien bestehen bleiben (Zuruf links: Das ist ja jetzt schon so!). Mit solchen Agitationen sind Sie (links) bloß den Kapitalismus. Wir schämen dagegen den Mittelstand. Was die Steuerreform anlangt, so ist der Vorschlag des Finanzministers der einzig richtige. Betreffs der Militärvorlage möchte ich die militärische Dienstpflicht der Lehrer einmal hier verbriefen. Die Lehrer haben jetzt eine solche Dienstpflicht, daß sie nur die Unannehmlichkeit des Dienstes erfahren. Das kann sie nicht weiter gehen, dann können die Lehrer nicht die Kinder patriotisch erziehen. Wir sollten den Lehrern die Wahl lassen zwischen einer lebenslänglichen Stellung im Konventualat und der zweijährigen Dienstpflicht. Auf die Währungsfrage will ich nicht weiter eingehen. Zum Schluß kann ich nur wünschen, daß die Finanzreform des Herrn Riquel zum Abschluss kommt.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Abg. Richter (Rp.): Ich bedauere es, daß der Reichskanzler nicht weit scharfer der Privilegienpolitik des Bundes der Landwirthe entgegengetreten ist. Hauptsächlich kann man von seiner Rede auch sagen: swaviter in modo, serotius in re. Die Konservativen sind die rechte Vorfront des Antimittelstands, auf ihrem Rücken baut sich der Antimittelstand auf. Besonders Herr Abgeordneter Frege sollte bei jeder antimittelständischen Agitation nicht mit dem Christentum brüsten, denn ein antimittelständischer Christentum ist kein richtiges Christentum. Staatsbeamte sind für die Politik des Bundes der Landwirthe einzutreten und haben also gegen die eigene Regierung gewirkt. Sie haben auch dem Lande auf die Wähler einen Zwang ausgeübt, der in einer Stadt gar nicht möglich wäre. Die Liebesgabe ist ein privilegium odiosum, mit dem endlich aufgeräumt werden sollte. Wir müssen uns jetzt mit dem Vorsten des Staatssekretärs trösten, daß die Liebesgabe nicht ewig ist, sondern unter Umständen wegfallen kann. Aber der Bund der Landwirthe meint, er werde sie immer noch aufrecht erhalten. Er hat allerdings viele Vertreter namentlich im Abgeordnetenhaus, aber nach welchem Wahlsitz sind sie da gewählt worden? Nach einem Wahlbezirk, dessen ganz Unhaltbarkeit die letzten Wahlen wieder recht gezeigt haben. Die Landwirthe klagen immer so über ihre Nothlage, dabei hat aber das Einkommen des Grundbesitzes von 1879-88 von 218 auf 257 Millionen zugenommen. Während der Finanzminister hier sagt, daß in Preußen 97 pCt. aller Einkommen sich von 900-3500 Mark bewegen, geht die uns im Abgeordnetenhaus vorgelegte Statistik ganz anders zu Babel. So, mit Zahlen kann man alles beweisen, besonders Herr Riquel; ich kenne Herrn Riquels Geschäftlichkeit noch aus der Zeit her, wo wir in einer Fraktion zusammen waren. (Gelächter). Unsere Finanzpolitik ist und bleibt: Wir bewilligen, was zur Zeit notwendig ist, auf Zukunftspläne lassen wir uns nicht ein. Ich bedauere mein Verstum in der Militärvorlage nicht, und würde es im Interesse des Vaterlandes heute gerade so abgeben wie früher, und ich gebe auch zu, daß ich eine ge-

wisse moralische Verantwortlichkeit für das Aufbringen der Kosten damit übernehmen habe, jedoch fühle ich mich nicht verpflichtet, Herrn Riquels Tabak- und Weinsteuern und anderen Steuern zu bewilligen. Wir müssen alle genau prüfen Was besonders der Marine-Glat anlangt, so muß die Marine in der zweiten Linie, in erster Linie muß die Landarmee stehen. Wir können nicht daran denken, eine solche Marine zu schaffen, daß wir in offener Seezucht den anderen Marinen überlegen sind und im Kriege unsere gesammten Hände im Ausland schürren können. Die großen Kriegsschiffe haben überhaupt im Schiffbau noch nicht die Probe bestanden. Von diesen Gesichtspunkten aus muß man den Marineetat prüfen. Für mich und meine Freunde steht fest, daß nur so viel neue Steuern bewilligt werden sollen, als notwendig sind, um die Kosten der Militärvorlage zu decken, und daß außerdem nur solche Steuern von uns angenommen werden, die den Schwächeren nicht drücken. Es wird im Volk ein Stachel zurückbleiben, wenn nicht bei der Deckung der Kosten die Verpflichtungen der Regierung erfüllt werden. Was soll denn die ganze von Herrn Riquel geplante Finanzreform, die Regelung des Reichshaushalts zwischen Reich und Einzelstaaten? Herr Riquel hat eine Vorlesung für Abgeordnetenhaus und nachdem er im Abgeordnetenhaus damit solches Glück gehabt hat, vertritt er auch hier damit sein Glück. Hoffentlich wird er aber damit hier sein Glück haben. Die Verantwortung jetzt schon in Bezug auf die Idee zu Liebesgabe 40 Millionen neue Steuern zu zahlen, wird ich nie auf mich nehmen können. Dagegen würde ich sehr gern für eine Reichsberufssteuereintreibung stimmen können. Am 1. April 1889 jagte Herr Riquel, daß es schwer sei, neue indirekte Steuern zu finden und daß diese Steuern notwendig die nicht-wohhabenden Klassen drücken müßten. (Hört! Hört! links). Man soll die Barone der Schornsteine, die Barje heranziehen, die Landwirthe kann man nicht heranziehen, die sind ja alle so arm und verjudet. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, daß kann ich noch bei Beratungen der Finanzreform thun, d. h. wenn das dann noch möglich ist, denn wenn die Tabak- und Weinsteuern fallen würden, dann fällt alles andere noch aus. Ich bedauere, daß der leitende Staatsmann und seine Berater noch nicht die Konsequenz aus der ganzen Situation gezogen haben, daß so wissen, daß mit dem Bund der Landwirthe nicht zu parturieren ist. Nicht ein Mann hat es anders verstanden, gegen diese Herren vorzugehen, wenn sie gegen das Staatsinteresse handelten. Genau ist es mit den Antimittelst. Die Regierung soll vor allem eine vollständige Politik treiben und keine Privilegienpolitik treiben. Die Steuervorlage halte ich für einen großen politischen Fehler, denn sie wird den Sozialdemokraten den Boden ebnen. Man sollte lieber mit der Militärtragsreform kommen, aber nur mit Steuern kommt man nicht einmal mit einer scharfen Abgabe an den Bund der Landwirthe. (Gelächter.) Die Meinung, daß die großen Landwirthe dem Staate jetzt mehr schaden als nützen, ist im Lande verbreitet. Mit ihnen wird die Regierung dem Vaterlande nur schaden, nur gegen sie uns nützen.

Minister Riquel bestreitet, daß zwischen seinen Angaben betrefis der Verteilung der Einkommen, die er hier und im Abgeordnetenhaus gemacht hat, ein Widerspruch bestehe. Wenn Abg. Richter eine frühere Rede von ihm angeführt habe, in der er (Richter) sagte, daß es schwer sein würde, im Reiche neue indirekte Steuern einzuführen, so frage er, ist es denn so leicht, jetzt neue indirekte Steuern zu erhalten? (Gelächter.)

Hierauf verlag das Haus nach einigen persönlichen Bemerkungen die weitere Berathung auf Donnerstag 1 Uhr. (Auszug dem Invalidegesetz-Novelle.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Vermischtes.

Ans Schweinehül. (Telegramm.) Neben dem Erfolg der Arbeiten an dem Unglücksbrunnen ist dem Ober-Bezirksrat Freund von dem Vorsitzenden der Baudeputation des Maglants folgendes Schreiben zugegangen:

Schweinehül, 28. Nov. Ein Hochwohlgeborener erlaube ich mir den Ihnen Bericht zu erstatten, daß schon nach Abschluß von nicht ganz 1/2 m über dem Brunnen die Quelle des alten Brunnenloches ganz verstopft. Es soll jedoch bei der Vohelichtung des Kegels zunächst in dem Umfange des alten Loches weiter fortgegangen und dann die Situation beobachtet werden. Im dem Sommerhülchen Meer, bei dem Schilde liegen, ist die Anheftung und den Wasserbruch anordnete, an der anderen Stufenreihe gegenüberliegt und von dem Brunnenloche etwa 10 m entfernt ist, fließt heute etwa 13 Zoll Wasser. Hier haben das Wasser in seiner ganzen Höhe stehen lassen damit, wenn es morgen geliegen sein sollte, auch dieser Stelle zugeordnet werden soll aber kein. Vorläufig vermute ich, daß es schon verstanden generetes Grundwasser ist, das sich durch das Regenwasser in den letzten Tagen um einige Zoll vernehet hat. Mein Bericht wird deshalb morgen weiteren Aufschluß geben können.

Der Erfolg der Arbeiten ist hiernach als ein vollkommener anzusehen. Dem Wirtinnen des Wirtens in dem Keller des Sommerhülchen Wirtens ist keine Bedeutung beizulegen, sollte es auch Brunnwasser aus dem Brunnenloche sein, so wird es durch Zuzusichtung befestigt werden.

Ein Lebensdrama. In einem Hofstalle in Grabow in Mecklenburg wohnten seit einigen Tagen eine Mutter und zwei Töchter, welche im Scheiterhaufen ein Hofas und Bedarfsgegenstände haben. Beide Schwestern zeichnen sich schon in ihrer Jugend durch hohe musikalische Begabung aus und hatten die Ehre, schon als Kinder im Alter von 7 und 9 Jahren vor der Kaiserin und der damaligen Kronprinzessin zu spielen. Ihnen wurde aus diesem Anlasse vom Kaiser zu weiterer musikalischer Ausbildung außerordentliche Unterstützung zu Theil. Sie beherzigen jetzt nicht nur ihr Instrument mit bewundernswerter Fertigkeit, sondern verfügen auch über eine angenehme Stimme. Dennoch hatten in letzter Zeit ihre Kräfte nicht die erwünschten Erfolge geliefert, so lie unter den Töchtern ein Misstrauen gegen die Kunst zu fassen. Ihr außerordentliches langes Verbleiben im Zimmer ließ den Väter Verdacht schöpfen; die verschlossene Thür wurde von einem Schloffer geöffnet. Man fand Mutter und Töchter in Krämpfen und ohne Bewußtsein, jedoch noch lebend vor. Es wurden Wiederbelebungsversuche angestellt, worauf die Lebenszeichen bis gegen Abend so weit zum Vorschein kamen, daß sie Ausrichtung über ihren höchsten Zustand geben konnten. Nach Auslage der Mutter hat sie von Bewußtlosigkeit in den Tod übergegangen, welche die drei gemeinsam genossen. Die Töchter haben im Alter von ungefähr 18 und 20 Jahren.

Wunderbare Rettung. Der Auswanderer aus dem 21. d. von Unglücks-Staffel nach Schweden, dessen Verwundungen nach dem in der Dampferung die Gefahr war, nach dem Verbleiben der Wunde im Verstande entgegnete. Im nächsten Augenblicke brachte ein Schiff, den Selbstmörder gegen seinen Kopf abgefeueret hatte, dann fuhr die Lokomotive über seinen Leib hinweg. Das Ganze war die Folge zweier Schüsse. Der Frau

überer dreimal isort und das Inoperational bewies sich, den Leichnam unter dem Waggon hervorzuheben. Das erste, was man fand, war ein zerbrochenes Hut. Während man aber diesen sorgsam suchte, trat der Leichnam wieder aus dem Waggon hervor und wohlbekannt unter dem Zuge her. Die Klinge des Revolvers hatte nur die Haut gestreift und der Zug war über den Körper des awiden den Schienen den Tod Erwartenden hinweggeglitten ohne ihn auch nur zu berühren. Der Selbstmörder bestieg dann ohne die Beiläge den Zug, der, von dem Revolver brach. Als Ursache seiner verzweifelten That nannte er anbauende Kränklichkeit.

Zur Angelegenheit v. Maden. Die Verhandlungen gegen den Baron v. Maden, welcher am 24. Aug. d. Zs. in Clementine im Circus Maximus während der Vorstellung aus Gleichzeit dem dänischen Kaiser die Ehrenkrone erhalten, findet am 4. Dez. im Reichstag hier Verhandlung der parliem. „Kommunikation“ die Bilder der betheiligten Personen und legt in dem begleitenden Texte, daß die Baronin Eugenie v. Maden, geb. Wäch, die Tochter eines breslauer Bankiers sei. Wie die „Breslauer Ztg.“ erlauben hat, ist diese Mitteilung in der Presse richtig, nur war der Vater der Kaiserin nicht Bankier, sondern Besitzer einer Fabrik in Breslau und nachher er viele verurteilt, Spekulant an der Börse. Nach Verlust seines Vermögens verließ er zu seiner Tochter, welche zu jener Zeit in einem verheirateten Circus Trümpfe feierte. Die Baronin hat sich übrigens von der Circus-Arena zurückgezogen und lebt in Paris. In der Wohnung des unglücklichen Paares fand man zahlreiche Briefe der Baronin; doch läßt sich aus ihrem Inhalte keineswegs schließen, daß ein intimes Verhältnis zwischen ihr und dem dänischen Kaiser bestand.

Gleich, frei und brüderlich — verheuen! Der Vorstehende des Arbeiterbundes in Rapana (Stalien) wurde kürzlich beauftragt, daß im Schloße des Arbeiterbundes zu Castellomare fünf einzigen Tagen ernie Meinungsverschiedenheiten ausgeschrieben seien; er beklagte daher, sich persönlich nach Castellomare zu begeben, die die Streitigkeiten hier zu entscheiden, doch die Auslegung bekam ihm schlecht. Kurz nachdem er sich in der eignen einbreiten Verammlung gezeigt habe, entstand ein lebhafter Wortwechsel, der sich bald zu einer nothwendigen Schlichtung auswuchs, es regnete Proteste, Vorwürfe, Forderungen und Beschuldigungen man ging losch und weiter. Einige saßen Wasser, andere Revolver aus den Taschen und nun entspann sich der Kampf. Die Verhandlungen im hiesigen Kampf; durch die Schüsse wurden zahlreiche Bürger verwundet, und zwar meist solche, die mit dem Foscio nicht zu schossen hatten. Der arme Präsident aus Trapani war gezwungen, die Flucht zu ergreifen und sich im Laden eines Weinhandlars zu verbergen; er sollte im Verlangensloste Stadt, Gut und Ueberdort zurücklassen müssen und war froh, mit dem Leben davonzugehen zu sein.

Sonderbare Auffassung. Bei einem kürzlich abgehaltenen medizinischen Schlagexamen bot Professor Baffileto, jeherer Dean der medizinischen Fakultät in Dorpat, an die angebenden Aerzte eine Sprache gehalten, in welcher nachstehende Aeußerungen: „Forsere Sie von jedem Patienten zehn Nadel und zehnmal einen oder einige Nadel.“ Wenn Sie in Verbindung mit dem Nadel, werden Sie sich über die Veranlassung der Nadeln bilden. Falls Sie auf diese Weise zwölf Patienten nicht behandeln, verdienen Sie 120 Nadel. Wenn ein Patient die 30 Nadel nicht bezahlen, so behandeln Sie ihn unentgeltlich.

daß wir über ihn verurteilt sein.“ Das klingt recht morgenländisch, halbochtzig barbarisch! Herrlich Frey Waffstein lehrt je auch eigentlich nicht mehr in Dorpat, der guten, deutschen Sprache, sondern in S. r. u. r. u., wie bekanntlich die Russen Dorpat orthodox ungenau haben.

Die Themas auf Reisen. Die Statue aus gediegenem Silber, welche die dramatische Künstlerin Ida Neßan als Göttin der Gerechtigkeit darstellt, ist letzte Tage in New York eingetroffen. Franz V. Volger, der Vizepräsident der Montana Silber Statue Kompanie, beehrte das eigens für die feierliche Ausstellung gewählte Publikum. Die Statue ist ein Kunstwerk im höchsten Sinne des Wortes, einzig in ihrer Art schon wegen des außerordentlichen Wertes der seltbaren Metalle, aus denen sie aufwammengestellt ist. Wenn auch hoch, besteht sie vollständig aus gediegenem Silber; das Silber allein stellt einen Werth von 24,000 Dollars hat und das silberne Fußgestell, auf welchem die Statue ruht, kostet 224,000 Dollars. Das silberne Gesicht Ida Neßans nahm auf der feierlichen Ausstellung in dem Bergschackgebäude einen hervorragenden Platz ein. Die Mitglieder der Montana Silber Statue Company wollen jetzt als prävalide Amerikaner die Statue, die so viel von sich reden macht, zu Spekulationszwecken verwenden und glauben durch eine Auslieferung des Kunstwerks in den hervorragenden Städten der Vereinigten Staaten und Europas Schätze sammeln zu können. Diesem Entschlusse schloß sich unsere Silberwährungsmänner, das Wort anzuhängen — natürlich ohne das Fußgestell, das von Gold ist.

Einrichtung auf dem elektrischen Stuhle. In Auburn, N. Y., wurde kürzlich ein Nezer Johnson wegen Ermordung zweier Mitgefangenen auf dem elektrischen Stuhle hingerichtet. Der Hinrichtungssapparat war, mit Ausnahme der Kraftenergie, vollständig neu und waren bei der Herstellung die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete des elektrischen Hinrichtungswesens gebührend in Rechnung gezogen worden. Die Einrichtung ging sehr schnell vor sich. Nachdem zwei Gefangene hinter den Thronen am Stuhl eingeführt und die Elektroden am Kopf und den Füßen in die richtige Position gebracht hatten, trat der Gefangene vor, unter dessen Aufsicht die Vorbereitungen vor sich gegangen waren, zurück und erlosb seine Noth. Im nächsten Augenblicke wurde der Strom durch den Körper des Gefangenen. Die ersten Sekunden wurde die Person nicht vernichtet, sondern der Körper Johnsons, der sich im Stuhl aufgerichtete hatte, in denselben zurückfiel. Der Strom wurde angehalten und die Aerzte erklärten, daß der Tod eingetreten sei. Die Exekution hatte nur wenige Minuten in Anspruch genommen.

Sehr lebendige. Von den 22 Millionen Verkaufsstellen der Gegenwart sind, wie sehr und Chicago berichtet wird, nur 165 wegen der Konkurrenz verfallen worden. Das ist aber ein sehr schönes Feldchen für die Milde — der Ausstellungspolizei!

Wolle. Baumwolle.
* Liverpool, 28. Nov. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Stimmung American good ordinary 4 1/2, do. low middling 4 1/2, do. middling 4 1/2.
* Fernam fair 4 1/2, Dholera fully good 3 1/2, do. fine 4 1/2, Omeria fully good 4 1/2, do. 4 1/2.
* Middl. amerkan. Lieferungen: Nov.-Dez. 4 1/2, Käuferpreis, Dez.-Jan. 4 1/2, Jan.-Febr. 4 1/2, do. Febr.-März 4 1/2, do. März-April 4 1/2, Käuferpreis, Mai-Juni 4 1/2, do. Juni-Juli 4 1/2, d. Verkäuferpreis.

